

Hans Pechar

Bologna als Reformmotor – zur Implementierung gestufter Studiengänge in Österreich

Obwohl große Teile des akademischen Personals weiterhin Vorbehalte gegen den Bologna-Prozess haben, macht die Umstellung auf die neuen Bachelor/Master-Curricula in Österreich gute Fortschritte. Dies wird auf einer hoch aggregierten Ebene quantitativ dargestellt. Weiters werden die unterschiedlichen Einstellungen verschiedener Fachbereiche sowie deren spezifische Probleme beim Umstieg auf die neue Studienarchitektur diskutiert. Abschließend werden Probleme angesprochen, die es trotz einer überwiegend positiven Zwischenbilanz beim Bologna-Prozess gibt.

Die hochschulpolitischen Fronten

Im zweiten Halbjahr 1998 hatte Österreich, nach seinem Beitritt im Jahr 1995, zum ersten Mal den EU-Ratsvorsitz inne. Während dieser Zeit fand im Oktober 1998 bei der Konferenz der Bildungsminister der Europäischen Union in Baden bei Wien ein erster Meinungsaustausch über die Sorbonne-Erklärung statt, wobei vor allem von den kleineren EU-Staaten eine gemeinsame Vorgangsweise vorgeschlagen wurde. Es wurde eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Konferenz in Bologna und zur Erarbeitung einer gemeinsamen Konzeption eingerichtet. Österreich übernahm während dieser Zeit die Entwicklungsführung und war federführend um die Abgleichung der unterschiedlichen Ansichtsweisen bemüht. Auf der Bologna-Konferenz war Österreich auch als Mitglied der TROIKA (vorhergehende, gegenwärtige und folgende EU-Präsidentschaft) vertreten. Diese besondere Involvierung in die Frühphase des Bologna-Prozesses erklärt, warum die österreichische Hochschuladministration mit besonderem Eifer voranschritt und noch im Jahr 1999 die gesetzlichen Grundlagen für die neue Studienarchitektur schuf.

Aus der Sicht der Universitäten stellte sich das völlig anders dar. Unmittelbar davor, im Jahr 1997, fand eine tief greifende Studienreform (UniStG) statt, die den Universitäten einen hohen Implementierungsaufwand abverlangte. Ein Großteil der Studienkommissionen war mitten in dieser Arbeit, als sie die Nachricht erreichte, dass erneut alles umgestellt werden müsse. Selbst die Minderheit der reformfreudigen Hochschullehrer wurde durch dieses Vorgehen vor den Kopf gestoßen und beklagte, dass man mit ihrer Arbeitszeit achtlos umgehe¹. Der Widerstand gegen Bologna, den es wohl auch sonst gegeben hätte, hatte nun einen Aufhänger: Es handle sich um unüberlegte Reformhektik auf dem Rücken des akademischen Personals.

An dieser Ablehnung hat sich bis heute nicht viel geändert. Der Bologna-Prozess gilt vielen Hochschulangehörigen als Sinnbild einer generellen Verflachung des akademischen Lebens.² Außerhalb der – relativ kleinen – Gruppe jener Spezialisten, die explizit mit seiner Umsetzung betraut sind und die nicht nur das im Laufe der Jahre entstandenen Fachchinesisch beherrschen, sondern deren berufliche Karrieren auch eng mit dem Bologna-Prozess verknüpft sind, wird man wenig Positives hören. Was Wolfgang Frühwald, der frühere Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, über die Stimmung an den deutschen

¹ Eine persönliche Anekdote: Auf einer Podiumsdiskussion im Jahr 1998 über die Folgen des neuen Studiengesetzes (UniStG) äußerte ich die Auffassung, man hätte, wenn man schon so fundamentale Eingriffe vornimmt, gut daran getan, über eine Gliederung des Studiums in einen „undergraduate“ und einen „graduate“-Bereich zumindest nachzudenken (dazu auch Pechar, 1996). Der am Podium anwesende Vertreter des Wissenschaftsministeriums meinte, Österreich habe seine eigene Tradition und müsse nicht jede Modetorheit mitmachen. Ein Jahr später sah alles anders aus ...

² Exemplarisch: Kellermann et al. 2009.

Universitäten sagte,³ gilt auch für Österreich: „Das Ausmaß der mentalen Reformresistenz ist groß. Ich kenne kaum jemanden – ehrlich gesagt: niemanden –, den die Umstellung der Studiengänge auf Bachelor und Master begeistert. Wer die Veränderungen voranbringt, sind die Universitätsspitzen, die Wissenschaftsorganisationen und die Politik. Die Reformen kommen von oben; der Graben zwischen denjenigen, die die Reform konzipieren, und den Betroffenen ist groß.“

Der aktuelle Stand der Implementierung

Der aktuelle Stand der Implementierung der neuen Studienarchitektur lässt sich an der quantitativen Relation zwischen „alten“ Diplomstudien und neu eingerichteten Bachelor-Studien ablesen. Aus den Tabellen 7 und 8 wird ersichtlich, dass die Umstellung auf Bachelor-Studien im Fachhochschul-Sektor weiter fortgeschritten ist als bei den Universitäten. 2009 gab es an den Universitäten bei insgesamt 913 ordentlichen Studien 93 Diplom- und 298 Bachelorstudien. An den Fachhochschulen gab es im selben Jahr insgesamt 276 Studien, darunter 7 Diplom- und 180 Bachelorstudien.

	2000	2007	2008	Veränderung zum Vorjahreswert
Insgesamt	367	805	913	+13,4%
Diplomstudien	311	145	93	-35,9%
Bachelorstudien	4	246	298	+21,1%
Masterstudien	5	349	455	+30,4%
Doktoratsstudien	47	65	67	+3,1%

Quelle: BMWF 2009b, S. 105

Tabelle 7: Studiengänge an österreichischen Universitäten, 2000-2008

	2000	2007	2008	Veränderung zum Vorjahreswert
Insgesamt	67	240	276	+15,0%
FH-Diplomstudiengang	67	12	7	-41,7%
FH-Bachelorstudiengang	-	166	180	+8,4%
FH-Masterstudiengang	-	62	89	+43,5%

Quelle: BMWF 2009b, S. 108

Tabelle 8: Studiengänge an österreichischen Fachhochschulen, 2000-2008

³ Frühwald 2008.

Noch deutlicher wird der Unterschied, wenn man an Stelle der Studien die Zahl der belegten Studien betrachtet (Tabellen 9 und 10). An den Universitäten waren von insgesamt 318.575 Studierenden 168.445 in Diplom- und 113.782 in Bachelorstudiengängen inskribiert. An den Fachhochschulen studierten von insgesamt 33.615 Studierenden 7.079 in Diplom- und 21.853 in Bachelorstudiengängen.

	2000	2007	2008	Veränderung zum Vorjahreswert
Insgesamt	286.471	313.632	318.575	+1,6%
Diplomstudien	261.082	197.552	168.445	-14,7%
Bachelorstudien	246	84.734	113.782	+34,3%
Masterstudien	0	10.862	14.595	+34,4%
Doktoratsstudien	25.143	20.484	21.753	+6,2%

Quelle: BMWF 2009b, S. 113

Tabelle 9: Belegte Studien an österreichischen Universitäten, 2000-2008

	2000	2007	2008	Veränderung zum Vorjahreswert
Insgesamt	11.743	31.064	33.615	+8,2%
FH- Diplomstudiengang	11.743	11.126	7.079	-36,4%
FH- Bachelorstudiengang	-	17.184	21.853	+27,2%
FH- Masterstudiengang	-	2.754	4.683	+70,0%

Quelle: BMWF 2009b, S. 116

Tabelle 10: Belegte Studien an österreichischen Fachhochschulen, 2000-2008

Die Fachhochschulen haben mit der neuen Lehrkultur und den curricularen Prinzipien der Bachelor-Studien geringere Probleme. Schon vor Bologna war ihr Lehrangebot durch eine adressatenspezifische Didaktik und eine stärkere Strukturierung des Curriculums gekennzeichnet. Die Implementierung der neuen Studienarchitektur ist daher an Fachhochschulen reibungsloser als an den Universitäten verlaufen. Das zeigt rückblickend, wie wenig durchdacht die ursprüngliche Intention der Politik war, den Bachelor nur an den

Universitäten einzuführen.⁴ Die damalige Begründung: Da Fachhochschulen primär regionale Bedeutung hätten und akademische Mobilität bei ihnen nur eine vernachlässigbare Rolle spiele, seien international gängige Studienabschlüsse nicht nötig. Diese Einschätzung zeigt auch, dass viele Hochschulpolitiker die Tragweite des Bologna-Prozesses zunächst nicht begriffen hatten. Es hat sich aber rasch die Einsicht durchgesetzt, dass es keine ernsthafte Alternative zu einer Inklusion der Fachhochschulen gab. Ein Ausschluss hätte sie auf ein Nebengleis gestellt.

Innerhalb der Bologna-Studienarchitektur haben die Grenzen zwischen dem universitären und dem nicht-universitären Sektor an Trennschärfe eingebüßt. Die Universitäten dringen nun in das Feld kurzer, teilweise berufsorientierter Studienangebote ein, in dem sich davor die Fachhochschulen erfolgreich profiliert hatten. Da sich nun ihre Aufgabenfelder stärker als zuvor überlappen, wird sich der Wettbewerb zwischen den beiden Sektoren intensivieren.

Unterschiede in den Disziplinen

Der Bologna-Prozess hat sehr unterschiedliche Auswirkungen auf die einzelnen Disziplinen. Zunächst gibt es Unterschiede auf der Ebene des Studienrechts (UG 2002, § 54). Lehramts- sowie Human- und Zahnmedizinische Studien werden von der Bologna-Architektur ausdrücklich ausgenommen. Sie dürfen derzeit nur in Form von Diplomstudien angeboten werden. Bei den medizinischen Studien ist auch keine Änderung in Sicht⁵, wohl aber bei den Lehramtsstudien; dazu weiter unten. Noch wichtiger als diese gesetzlichen Unterschiede sind die massiven Differenzen in der Einstellung der Disziplinen bzw. Fachgruppen zum Bologna-Prozess. In einer stark komprimierten, somit notwendigerweise vergrößerten Form lassen sich diese fachspezifischen Einstellungen folgendermaßen charakterisieren:

- Die größte Akzeptanz findet die neue Studienarchitektur bei der großen Gruppe der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen sowie bei den naturwissenschaftlichen Studien. Diese Studiengruppen waren Pioniere bei der Bologna-Implementierung und hier ist sie auch am weitesten fortgeschritten. Nicht dass es beim akademischen Personal und den Studierenden große Begeisterung gäbe, aber es gibt auch keine ideologischen Fundamentalkonflikte in dieser Sache. Am ehesten finden sich solche Konflikte bei sozialwissenschaftlichen Studien mit einer gewissen Affinität zu den Geistes- und Kulturwissenschaften.
- Pragmatisch, wie man es von dieser Berufsgruppe erwarten würde, ist auch die Einstellung der technischen Studienrichtungen zum Bologna-Prozess. Allerdings gibt es von dieser Seite doch grundsätzliche Kritik, die sich vor allem auf die Länge des Bachelorstudiums bezieht. Diesbezüglich dürfte es viele Gemeinsamkeiten mit den

⁴ Pechar 1998.

⁵ Die medizinischen Studien sind insofern ein Sonderfall, als hier der Erstabschluss im Diplomstudium das Doktorat ist. Von der Standesvertretung wurde das mit der Begründung durchgesetzt, der Verlust des gewohnten Dokortitels für praktizierende Mediziner würde zu einem Vertrauensverlust der Patienten führen. Derzeit gibt es in Österreich drei verschiedene Doktorate mit sehr unterschiedlichem Profil. Das erste ist, wie gesagt der „Dr. med“ – ein Erstabschluss. Das zweite ist der Abschluss des zweijährigen Doktoratsstudiums, wie es sich im Zuge der Studienreform ab den 1960er Jahren herauskristallisiert hat; es handelt sich dabei um keine explizite Vorbereitung auf die Forschungslaufbahn. Diese Form des Doktoratsstudiums läuft aus, sie darf nach dem SS 2009 nicht mehr begonnen werden. Erst mit dem UG 2002 wurde die Möglichkeit expliziter Forschungsdokorate eingeräumt; in der derzeitigen Fassung handelt es sich um dreijährige PhD-Programme. Eine Besonderheit dieses österreichischen PhD besteht darin, dass bislang keine Aufnahmeverfahren zulässig sind; der „offene Hochschulzugang“ (hier: „offen“ für alle Absolventen mit einem Master bzw. Diplomstudium) gilt kurioserweise auch für PhD-Studien.

technischen Universitäten in Deutschland geben, die ja auch mit einem dreijährigen Bachelor die Reputation der deutschen Ingenieurtradition gefährdet sehen. In Österreich dürfte der Konflikt weniger stark ideologisch aufgeladen sein. Die Umstellung auf die Bologna-Architektur schreitet an den technischen Universitäten voran, aber ihre Vertreter haben immer ihren Wunsch nach einem vierjährigen (oder wenigsten dreieinhalbjährigen) Bachelor artikuliert. Voraussichtlich wird eine Novelle des UG 2002, die für dieses Jahr geplant ist,⁶ diese Möglichkeit eröffnen.

- Die stärksten ideologischen Konflikte und Grundsatzdebatten werden im Bereich der Geistes- und Kulturwissenschaften ausgetragen; auch die Umstellung auf das neue System erfolgt hier zögerlicher als anderswo. Die Vertreter dieser Disziplinen sehen im Bologna-Prozess das Ende der Humboldt'schen Universität, eine Verflachung des Studiums, seine Reduktion auf verwertbares Wissen (Stichwort: „Employability“). Es gibt in dieser Ablehnung eine bemerkenswerte Allianz konservativer und linker Vertreter dieser Fächer, wenngleich Erstere primär den Verlust bildungsbürgerlicher Traditionen beklagen, während Letztere der Diskussion eine globalisierungskritische Pointe verleihen (Bologna = Unterordnung der Universitäten unter das „Europa der Konzerne“). Diese Argumente sind zweifellos aus der deutschen Diskussion vertraut. Freilich: Umgestellt werden die Studien doch, wenngleich unter Protest und mit zeitlicher Verzögerung. Neben der ideologischen Abwehr gibt es ein studentisches Problem: Die geistes- und kulturwissenschaftlichen Fächer waren vor Bologna als „Doppelstudien“ konzipiert, d. h. als Kombination eines Erst- mit einem Zweitfach (im Gegensatz etwa zu den naturwissenschaftlichen Fächern, die als „Einfachstudien“ organisiert waren). Das Konzept des Doppelstudiums erlaubt ein hohes Ausmaß „freier Wahlfächer“ (in etwa ein Drittel des Gesamtcurriculums). Die Bologna-Architektur bedeutet den Abschied von diesem Konzept und stellt die Vertreter dieser Fächer bei der Konzeption von Bachelor-Curricula vor die Herausforderung, den Wegfall des Zweitfaches zu kompensieren. Die Antworten fallen je nach Fach und Universität unterschiedlich aus. Die Universität Wien, die größte österreichische Universität,⁷ hat das Konzept der „Erweiterungcurricula“ entwickelt, die als modularisierte „Minicurricula“ mit einem normierten ECTS-Rahmen von 15 oder 30 ECTS-Anrechnungspunkten angeboten werden und dem Erwerb berufsbefähigender Zusatzqualifikationen dienen sollen.
- Ein spezieller Fall sind die traditionellen akademischen Professionen. Von den medizinischen Studien, bei denen die Möglichkeit eines Bachelors im Studienrecht gar nicht vorgesehen ist, war schon die Rede. Bei den Rechtswissenschaften und der Theologie gibt es keine studienrechtlichen Einschränkungen, wohl aber solche des Berufsrechts. Für Juristen gäbe es derzeit in den durch das öffentliche Berufsrecht geregelten Bereichen keine Beschäftigungsmöglichkeit für Bachelor. Dasselbe gilt für die Pharmazie. In der Theologie wird der dreijährige Bachelor⁸ von den Kirchen nicht anerkannt. In all diesen Studienrichtungen ist die Umstellung auf Bologna derzeit kein Thema. Bei der Architektur und in der Psychologie ist das anders; auch die Absolventen dieser Studien unterliegen einem Berufsrecht, das aber in Umstellung begriffen ist, „Bologna-tauglich“ gemacht wird.

⁶ Diese Novelle wurde freilich schon zweimal verschoben, zuletzt wegen vorzeitiger Neuwahlen im Jahr 2008.

⁷ An der Universität Wien studieren etwa ein Drittel aller an den österreichischen Universitäten inskribierten Hörer; bezogen auf die Studierenden der Geistes- und Kulturwissenschaften ist der Anteil noch wesentlich höher.

⁸ In der „Vatikanischen Studienordnung“ gibt es einen fünfjährigen Bachelor.

- Große Unklarheiten gibt es im Bereich der Lehramtsstudien. Diese haben nur teilweise mit Bologna zu tun; sie sind zum anderen auch durch einen fundamentalen Umbruch in der Lehrerausbildung bedingt, der sich mit dem Umstieg auf die neue Studienarchitektur überlagert. Bislang gibt es in Österreich eine vollständig getrennte, „standesspezifische“ Ausbildung für Pflichtschullehrer einerseits, Lehrer an höheren, zur Matura⁹ führenden Schulen andererseits. Erstere werden an Pädagogischen Hochschulen (bis 2007 an Pädagogischen Akademien) ausgebildet, letztere an Universitäten. Diese getrennte Ausbildung ist eines der Fundamente der Spaltung der österreichischen Lehrer in abgestufte Statusgruppen mit je spezifischem Dienstrecht und unterschiedlicher Bezahlung. Bislang konnten die konservativen Lehrerverbände alle Versuche zu einer Vereinheitlichung der Lehrerausbildung abwehren. Mittlerweile gibt es aber einen parteienübergreifenden Konsens zu einem solchen – wenngleich eher langfristigen – Prozess der Vereinheitlichung. In diesem Kontext ist die geplante Einbindung der Lehrerausbildung in den Bologna-Prozess – aus dem sie bislang durch das Gesetz ausgeschlossen ist – zu sehen. Über die Details dieser Reform gibt es aber gravierende Auffassungsunterschiede. Diese beziehen sich einerseits auf die Frage, ob alle Lehrer in Zukunft an Universitäten ausgebildet werden sollen, oder ob die Pädagogischen Hochschulen als eigene Institutionen weitergeführt und eine Aufgabenteilung – fachliche Ausbildung an der Universität, pädagogische Ausbildung an den Pädagogischen Hochschulen – angestrebt werden soll. Ein weiterer Konflikt bezieht sich auf die Frage, ob es in Zukunft eine Differenzierung nach Bachelor (Grundstufe und Sekundarstufe I) und Master (Sekundarstufe II) geben sollte, oder ob alle Lehrer einen Master-Abschluss haben sollten. Schließlich ist auch die Frage ungeklärt, ob die fachlichen und pädagogischen/didaktischen Elemente integriert oder konsekutiv (zuerst Fachstudium, dann pädagogische Ausbildung) vermittelt werden sollten.
- Gemischt ist die Situation an den Kunstuniversitäten. Während die Universitäten für Musik und darstellende Kunst ihre Studien überwiegend (Graz und Salzburg) oder zumindest teilweise auf die Bologna-Architektur umgestellt haben, verhalten sich die Universitäten für bildende und angewandte Kunst (mit der Ausnahme Linz) wesentlich zurückhaltender. Sie wehren sich gegen das dreijährige Bachelor-Studium, das keine ausreichende künstlerische Ausbildung zulasse.

Zwischenbilanz

Eine Zwischenbilanz kurz vor Ablauf der offiziellen Bologna-Deadline fällt überwiegend positiv aus. Vor zehn Jahren hätten auch die Optimisten nicht geglaubt, dass dieser Prozess eine solche Dynamik gewinnen würde. Von vereinzelt Alarmismus abgesehen waren die Reaktionen ja zunächst von der austriakischen Form demonstrativer Gleichgültigkeit geprägt, die da lautet: nicht einmal ignorieren. Wer glaubte, es handle sich um den Spleen einiger Wichtigtuer, den man „aussitzen“ könne, hat sich aber offenbar getäuscht. Kaum jemand zweifelt heute noch daran, dass die Umstellung auf die neue Studienarchitektur ein irreversibler Prozess ist.

Bemerkenswert ist auch die positive außereuropäische Resonanz der letzten Jahre. Bei einer weltweiten Umfrage zu den Internationalisierungsstrategien von Universitäten wurden kürzlich seitens der asiatischen und lateinamerikanischen Universitäten nicht mehr die USA,

⁹ Die „Matura“ bzw. Reifeprüfung ist das österreichische Äquivalent zum deutschen Abitur. An den Allgemeinbildenden höheren Schulen (AHS) findet sie im 12. Schuljahr, an den Berufsbildenden höheren Schulen (BHS) im 13. Schuljahr statt.

sondern Europa als der bevorzugte Kooperationspartner genannt.¹⁰ Die Studienautoren führen das auf die durch den Bologna-Prozess erreichte erhöhte Anschlussfähigkeit der europäischen Universitäten zurück. Auch in Nordamerika, wo man Bologna anfangs skeptisch bis spöttisch beobachtete, hat ein Umdenken eingesetzt.¹¹

Trotz des überwiegend positiven Resümees gibt es einige Schwachstellen und ungeklärte Fragen:

- Eines der wichtigsten Motive zur Schaffung einer neuen Studienarchitektur war die Erleichterung der Mobilität im europäischen Hochschulraum. Nun wird aber aus mehreren Ländern gemeldet, dass dieses Ziel komplett verfehlt worden sei. Nicht nur habe die faktische Mobilität nicht zugenommen, sie sei im Gegenteil zurückgegangen. Als Grund wird in der Regel genannt, dass die Verschulung der neuen Bachelor-Curricula genau jene Freiräume beseitigt habe, die zuvor der Nährboden für Auslandsstudienaufenthalte gewesen seien. Für Österreich kann man zu dieser Frage keine präzisen Aussagen machen, es gibt nur anekdotische Evidenzen. Der jüngste Universitätsbericht spricht von Steigerungen in der ERASMUS-Studierendenmobilität,¹² er bezieht sich aber auf Zeiträume, in denen die Umstellung auf die Bachelor-Studien noch nicht ausreichend zum Tragen kam. Es gibt die Vermutung, dass sich die Mobilität nun stärker in das Master Studium verlagere. Eine Möglichkeit, um den neu auftretenden Mobilitätsbarrieren gegenzusteuern, bestünde im bewussten Einbau von „Mobility Windows“ in das Bachelor-Studium; diese Mobilitätszeitfenster würden eine zwar stärker geplante, aber andererseits besser vorbereitete Mobilität ermöglichen, als dies in der Vergangenheit der Fall war.
- Der Bachelor ist in der öffentlichen Meinung und auch am Arbeitsmarkt noch nicht als vollwertiger, berufsqualifizierender Studienabschluss akzeptiert.¹³ Dafür trägt auch die inkonsequente Haltung der Politik Verantwortung, die zwar die Bologna-Reform propagiert, aber – aus Scheu vor dem Tabu des offenen Hochschulzugangs – davor zurückschreckt, quantitative Relationen zwischen dem „undergraduate“ und dem „graduate“-Bereich festzulegen. Auch der Umstand, dass der Bund als Arbeitgeber den Bachelor nicht als vollwertigen akademischen Abschluss anerkennt, bekräftigt das in Österreich grassierende Missverständnis, der Bachelor sei ein „Zwischenabschluss“. Es ist daher nicht verwunderlich, dass sowohl an Universitäten wie an Fachhochschulen fast alle Absolvent/inn/en der neuen Studiengänge unmittelbar nach ihrem Bachelor-Abschluss in ein Master-Studium übertreten wollen.
- Die Implementierung des Bologna-Prozesses erfordert strategische Entscheidungen bezüglich der quantitativen Relationen zwischen dem „undergraduate“ und dem „graduate“-Bereich. Der Bachelor ist kein „Zwischenabschluss“, der im Regelfall mit einem Graduiertenstudium fortgesetzt wird. Würde man ihn als Zwischenabschluss konzipieren, wäre der Bologna-Prozess keine strukturelle, sondern nur eine nominelle Reform, eine mit hohen Implementierungskosten belastete Maßnahme zur Fortschreibung des Status quo. Den Bachelor als berufsqualifizierenden Abschluss zu konzipieren macht nur dann Sinn, wenn tatsächlich ein erheblicher Teil der Absolventen ins Beschäftigungssystem übertritt. Die Logik gestufter Studiengänge verlangt nach einer quantitativen Engführung. Dies auszusprechen gilt in Österreich –

¹⁰ Knight 2007.

¹¹ Adelman 2008.

¹² BMWF 2008, S. 295.

¹³ Campbell/Brechelmacher 2007.

wo der „offene Hochschulzugang“ in den Rang eines Glaubensbekenntnisses erhoben wurde – immer noch als Tabubruch. Es spricht aber nichts dafür, diese Engführung ausschließlich der Selbstselektion der Studierenden zu überlassen. Die Universitäten benötigen das Zulassungsrecht zur Aufnahme in ein Graduiertenstudium. Gemeinsam mit den Universitäten sollte die staatliche Hochschulpolitik eine Planung des Studienangebots im Graduiertenbereich vornehmen, die sich an der Entwicklung des Arbeitsmarktes im Forschungsbereich und den akademischen Professionen orientiert.

Literatur

Adelman, C. (2008): *The Bologna Club: What U.S. Higher Education Can Learn from a Decade of European Reconstruction*. o. O.

BMWF (2008): *Universitätsbericht 2008*. Wien.

BMWF (2009): *Bericht über den Stand der Umsetzung der Bologna Ziele in Österreich 2009*. Berichtszeitraum 2000-2008. Wien.

BMWF (2009a): *Bologna Process: Austrian National Report 2007-2009*.
http://www.bmwf.gv.at/fileadmin/user_upload/europa/bologna/Austrian_Country_Report_2007-2009.pdf.

Campbell, D. F. J./Brechelmacher, A. (2007): *Bachelor Neu und der Arbeitsmarkt. Analyse der Sichtweisen von wirtschaftlichen Unternehmen und von Universitäten und Fachhochschulen*. http://www.uni-klu.ac.at/wiho/downloads/studie_bachelor_FINAL.pdf.

Frühwald, W. (2008): *Wir sind zu kleinmütig*. In: *DIE ZEIT*, 17.01.2008.

Kellermann, P./Boni, M./Meyer-Renschhausen, E. (2009): *Zur Kritik europäischer Hochschulpolitik. Forschung und Lehre unter Kuratel betriebswirtschaftlicher Denkmuster*. Wiesbaden.

Knight, J. (2007): *The Lure of Europe for International Higher Education Cooperation*. *International Higher Education*, 48 (5) 2007.
http://www.bc.edu/bc_org/avp/soe/cihe/newsletter/Number48/p5_Knight.htm.

Pechar, H. (1996): *Die „offene Gruppenuniversität“ und ihre Grenzen*. In: Brandstaller, T. (Hg.): *Österreich 2 ½. Anstöße zur Strukturreform*. Wien.

Pechar, H. (1998): *Bachelor an Fachhochschulen. Gutachten für die Österreichische Fachhochschul-Konferenz*, Wien.

Pechar, H. (2007): *Der offene Hochschulzugang in Österreich*. In: Badelt, C./Wegscheider, W. /Wulz, H. (Hg.): *Hochschulzugang in Österreich*. Graz, S. 21-81.

Seböck, M. (2002): *Universitätsgesetz 2002. Gesetzestext und Kommentar*. Wien.